

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 20 (1940-1941)
Heft: 8-9

Artikel: Betrachtungen zum Basler Wahlkampf
Autor: Weber, Ernst
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-333921>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Betrachtungen zum Basler Wahlkampf

Von Ernst Weber.

Das Resultat der Basler Regierungsrats- und Grossratswahlen vom 9. März 1941 verursachte einige Überraschung. Wer die Verhältnisse nicht genau zu übersehen vermag, staunt vielleicht darüber, daß die rote Mehrheit in der siebenköpfigen Regierung glänzend bestätigt wurde, während sie im kantonalen Parlament verloren ging.

Die vier sozialdemokratischen Regierungsräte Brechbühl, Ebi, Hauser und Wenk wurden mit 18 300 bis 20 000 Stimmen im ersten Wahlgang ehrenvoll wiedergewählt, während die drei Bürgerlichen Imhof, Ludwig und Zweifel mit 15 000 bis 16 000 Stimmen unter dem absoluten Mehr blieben. Der Kandidat des Landesringes, Architekt A. Gfeller, brachte es auf 10 000 Stimmen. Er verzichtete auf einen zweiten Wahlgang, worauf die genannten Bürgerlichen als gewählt erklärt werden konnten. Diese prachtvolle Vertrauenskundgebung der großen Mehrheit der Stimmberchtigten für die *rote Regierung* wurde erwartet.

Sehr unterschiedlich ist die Beurteilung der Ergebnisse der Grossratswahlen. Die meisten Kommentatoren sprachen von einem großen Wahlsieg des Landesringes. Gottlieb Duttweiler selbst schrieb in der «Tat»: «Der politische Erdrutsch in Baselstadt!» Auch fast alle andern bürgerlichen Blätter vermerkten lediglich das Anschwellen der Mandatziffern der Unabhängigen seit den Wahlen des Jahres 1938. Neben der sozialdemokratischen Presse stellte einzig die «Neue Zürcher Zeitung» am 11. März fest: «... daß die Zahl der unabhängigen Wähler seit den Nationalratswahlen nicht zugenommen hat, sondern mit etwa 14 Prozent stabil geblieben ist.» Die «Basler Nachrichten» verbrachten in ihrer ersten Wahlbetrachtung am Abend des 9. März den Satz: «Die Geschlagene des Tages ist — die Sozialdemokratische Partei Baselstadt!» Der Verfasser des Artikels war allerdings in jenem Zeitpunkt noch der Meinung, unsere Partei habe nicht einmal ihre bisherigen 51 Mandate zu halten vermocht. Tatsächlich hat sie aber 4 dazu gewonnen und wird mit 55 Vertretern in den neuen Rat einziehen. Großgewinner ist der Landesring, der statt 5 Sitze nun 21 einnehmen wird. Neu kommen die Freiwirtschafter mit 2 Vertretern. Die Liberalen, Bürgerparteiler, Katholiken und Radikalen verloren je 1 bis 2 Mandate. Sie machen für die Sieger 7 Ratsessel frei — und 15 räumte der Bundesrat mit dem Verbot der Kommunistischen Partei.

Entscheidend für die Änderung der Mehrheitsverhältnisse im *Großen Rat* war das Verhalten der *ehemals kommunistischen* Wähler. 1938 gingen 4544 — 11,7 Prozent der an der Wahl teilnehmenden Stimmberchtigten — mit einer kommunistischen Wahlliste zur Urne. An den Nationalratswahlen beteiligten sich 1939 noch 3255 Anhänger der KP ... Was ist aus ihnen geworden? Einige Tatsachen geben interessante Aufschlüsse. Der Rückgang der Stimmberchtigung von 79 Prozent im Jahre 1938 auf 67 Prozent im März 1941 läßt allerdings keine zwingenden Schlüsse zu. Die Wahlziffern in den Abstimmungslokalen, wo die Kommunisten

früher starken Einfluß ausübten, zeigen aber deutlich, daß viele einfach resignierten — *Wahlabstinenz übten*. Die Wirkung der außenpolitischen Richtlinien der Komintern war deprimierend. Der Verzicht auf den «versimpelten Antifaschismus» und die Früchte des Stalin-Hitler-Paktes sind zu spüren. Nur eine verschwindend geringe Zahl «Linientreuer» kann diese Politik mitmachen. Auch die innerpolitische Haltung der in die Illegalität gedrängten KP-Chefs ist grenzenlos borniert, so daß alle jene ihrer Anhänger, die auf eine Überwindung der Spaltung gehofft hatten, entmutigt wurden. Da die KP des bundesrätlichen Verbotes wegen keine eigene Liste für die Wahlen aufstellen konnte, tat die kommunistische Führung alles, um die Sozialdemokraten — nicht etwa das Bürgertum — zu schädigen. Im Februar 1941 wurde eine im Vervielfältigungsverfahren hergestellte Nummer der «Freiheit» verbreitet, die zu den Wahlen folgendermaßen Stellung nimmt: «Die Sozialdemokraten hoffen auf die Stimmen der früheren kommunistischen Wähler. Sie werden sich arg täuschen. Die Kommunisten und ihre Anhänger werden weder bei den Regierungs- noch bei den Großratswahlen für die Helfershelfer der kapitalistischen Ausbeuter und Liquidatoren der demokratischen Volksrechte stimmen. Die Sozialdemokratie ist ein Bestandteil des reaktionären kapitalistischen Blocks, sie ist das schwerste Hindernis zur Organisierung des Kampfes des arbeitenden Volkes gegen die Kapitalisten. Die Zerschlagung der Sozialdemokratie ist eine wichtige Voraussetzung für den Sieg des Sozialismus.»

Um auch jene früheren Anhänger zu beeinflussen, die nicht bereit waren, durch Wahlabstinenz das Bürgertum zu unterstützen, ließ die KP wenige Tage vor dem 9. März Flugblätter verteilen, worin die Stimmberchtigten aufgefordert wurden, die *freie Liste* für die Großratswahlen zu benutzen. Die Wähler wurden ersucht, eine Anzahl sozialdemokratischer Kandidaten dreimal auf der freien Liste zu schreiben, um diesen «den Vortritt gegenüber den reformistischen Bonzen» zu sichern. Es wurden tatsächlich einige Hundert solcher Listen nach der KP-Parole eingelegt. Nebenbei sei vermerkt, daß dadurch die «Empfohlenen» alle gewählt wurden. *Hätte die kommunistische Führung genügend Vorschläge gemacht, wäre die ganze sozialdemokratische Fraktion geköpft worden, da unsere Partei ihrerseits keinerlei Kumuliierung vorgeschlagen hat.* Immerhin wurde durch dieses Manöver unsern Listen die Stimmkraft von 400 bis 500 Wählern zugeführt. Jene ehemaligen Anhänger der KP, welche unsere Parteiliste wählten, folgten den kommunistischen Parolen nicht, was daraus zu ersehen ist, daß sie keinerlei Wirkung erzielten. Wir machten der KP übrigens nicht die geringste ideologische Konzession.

Eine genaue Betrachtung der Wahlresultate der einzelnen Quartiere ergibt die Gewißheit, daß viele Hunderte früherer Wähler der KP zu *Duttweiler übergelaufen* sind. Bezeichnend ist, daß in einem Wahllokal, wo früher der kommunistische Einfluß dominierte, der Regierungskandidat des Landesringes die andern bürgerlichen Bewerber weit überflügelte, was sonst in keinem Arbeiterquartier der Fall ist.

Zusammenfassend darf gesagt werden: die ehemaligen kommuni-

stischen Wähler sind zerstoben. Wenige stimmten mit der sozialdemokratischen Liste. Rund 500 benutzten die freie Liste und unterstützten dadurch ebenfalls unsere Partei. Bedeutend mehr sind zum Landesring abgeschwenkt, und der größte Teil verzichtete überhaupt auf eine Ausübung des Stimmrechts.

Dieses Auseinanderstieben der früher kommunistisch wählenden Arbeiter hat verhindert, daß die Sozialdemokraten die rote Mehrheit im Großen Rat, welche der Bundesrat beseitigt hatte, in diesem Wahlkampf zurückerobern konnte. Wer die Kommunisten, ihre Anhänger und die ausgegebenen Parolen kannte, mußte wissen, daß es unmöglich sei, die Mehrheit zu holen. Einmal mehr bestätigt sich, daß gerade in diesen Schichten sich Flugsand befindet, der selbst zum Faschismus hinüberfließt, wenn dieser als kommender Sieger erscheint. Wer in diesem Wahlkampf die Position der Arbeiterschaft bewußt schwächt durch Wahlabstinenz und Unterstützung Duttweilers, der kann nicht anders eingeschätzt werden.

Die Sozialdemokratische Partei ist mit 42,3 Prozent der Wählenden stärker als 1938 (39,2 Prozent), konnte aber allein keine Mehrheit im Großen Rat schaffen. Der Landesring, der 1938 nur auf knapp 4 Prozent kam, ist nun mit 16,2 Prozent die zweitstärkste Partei geworden. Zieht man aber den *Vergleich mit den Nationalratswahlen*, die schon im Zeichen der Mobilisation standen, dann sieht es für uns wesentlich günstiger aus. Damals stimmten nur 33,2 Prozent der Wähler sozialdemokratisch und 9,3 Prozent kommunistisch. Bei etwas geringerer Wahlbeteiligung als 1939 bringt die Sozialdemokratische Partei 1941 ebenso viele Stimmberchtigte an die Urne wie damals zusammen mit den Kommunisten! *Die Unabhängigen stiegen in dieser Zeit lediglich von 14,1 auf 16,2 Prozent und holten dieses Terrain bloß bei den Bürgerlichen.* Die Verbesserung unserer Parteiposition gegenüber 1938 und 1939 ist sehr erfreulich.

Ebenso unerfreulich ist die unbestreitbare Tatsache, daß die Mehrheit der Arbeiterwähler von 1938, die gerade 50,5 Prozent der an der Wahl teilnehmenden Stimmberchtigten ausmachte, gebrochen ist. Der von den Kommunisten beeinflußte Teil hat versagt. Es ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei, diese Arbeiter für sich und ihre Politik zu gewinnen.

*

Wichtiger noch als die zahlenmäßigen Ergebnisse des Basler Wahlkampfes scheint uns seine *politische Bedeutung*. Diese kommt am besten zum Ausdruck in der Stellungnahme der Stimmberchtigten bei den Regierungsratswahlen. Das souveräne Volk hatte sein Urteil zu sprechen über die seit 1935 tätige rote Regierung.

Es bestand durchaus die Möglichkeit, den Regierungsrat in seiner bisherigen Zusammensetzung kampflos zu bestätigen. Die alten bürgerlichen Parteien dachten an keinen Angriff. Sie anerkannten die fruchtbare Arbeit der roten Mehrheit, weil sie nicht anders konnten. Im Organ der Radikalen, wie sich der Basler Freisinn nennt, in der «Nationalzeitung», wurde das vor den Wahlen ganz offen ausgesprochen.

Sogar die Liberalen reklamierten ihren «Anteil» an der konstruktiven Aktivität der Regierung. Diese ist so unbestritten, daß es genügt, sie durch einige wenige Feststellungen zu charakterisieren.

In den Krisenjahren bis 1935 bestand die ganze Kunst der bürgerlichen Regierung in der Verfechtung von Abbauprojekten nach dem System Musy-Schultheß. Die Defizite der Staatsrechnungen stiegen bis auf 7 Millionen im Jahre 1935. Unsere Partei versprach, statt Abbau, eine *großzügige Arbeitsbeschaffung*. Nach Erringung der Mehrheit legte die rote Regierung unverzüglich ein Bauprogramm vor. Unsere Gegner verspotteten es als undurchführbar. Es wurde rasch verwirklicht und überholt. 1936 wurde das Arbeitsrappengesetz geschaffen — ein Solidaritätsopfer aller in Arbeit Stehenden für die Opfer der Arbeitslosigkeit. Damit war die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung gesichert. Seither sind Arbeiten im Betrage von über 100 Millionen angekurbelt worden. Das bedeutet zusätzliche Beschäftigung von 1300 Arbeitern und Angestellten Tag für Tag während dieser Epoche.

Gleichzeitig wurde die *Sanierung des Staatshaushaltes* energisch anhandgenommen. Steuerzuschläge und ein Krisenopfer auf dem Besitz brachten die Staatsrechnung dem Ausgleich entgegen. Niemandem wurde Untragbares zugemutet. Die kleinen Einkommen erfuhren außer dem Arbeitsrappen keine Belastung. Die besitzende Klasse murkte zwar des Krisenopfers wegen, versuchte es zu sabotieren, wagte schließlich aber doch nicht, den Volksentscheid anzurufen. Auf dieser Basis gelang es, die vom Bürgerblock erzwungenen Verschlechterungen der vorbildlichen *Sozialeinrichtungen* wieder zu beseitigen und weitere Angriffe abzuwehren. Seit Kriegsausbruch gewährt Basel den Angehörigen der Wehrmänner größere Zulagen als irgendein anderes Gemeinwesen. Für die Selbständigerwerbenden wurde eine umfassende Kriegsnothilfe errichtet. Neu kommt eine Mietzinszulage für Familien mit drei Kindern hinzu, die bis zu Fr. 350.— im Jahr ausmacht, während sie bisher nur für Familien mit vier und mehr Kindern gewährt wurde.

Von größter Bedeutung ist das *neue Arbeitsrecht*, das mit dem Arbeitsrappengesetz in Kraft trat. Unternehmer, welche staatliche oder Arbeitsrappen-Aufträge ausführen wollen, müssen die Gesamtarbeitsverträge anerkennen. Eine wirksame Kontrolle sorgt für deren Einhaltung. Zahlreiche Firmen, welche die Verträge umgingen, wurden bestraft und gezwungen, die Minderleistungen nachzubezahlen.

Arbeitsbeschaffung, Arbeitsrecht und soziale Hilfe für die Notleidenden brachten die notwendige soziale Entspannung. Die in Basel an der Tagesordnung gewesenen Zusammenstöße zwischen Polizei und arbeitender Bevölkerung verschwanden. Arbeiter, Angestellte, Gewerbe, Industrie und Handel atmeten auf. Da die rote Mehrheit auf jede Revanche verzichtete, der Minderheit sogar in wichtigsten Kommissionen Mehrheit und Vorsitz überließ, war eine *loyale Mitarbeit* den Bürgerlichen leicht gemacht.

Diese zielbewußte Aufbauarbeit, welche die Interessen des ganzen Volkes berücksichtigte und in demokratischer Gerechtigkeit allen Gelegenheit gab zur Zusammenarbeit, liefert die Erklärung für die Ver-

trauenskundgebung der Stimmberchtigten für unsere vier Genossen in der Regierung, die 5000 bis 7000 Stimmen mehr erhielten, als unsere Partei allein aufzubringen vermag.

*

So erfreulich die politische Entwicklung in Basel sich auch gestaltet hat, so wenig dachte die Sozialdemokratische Partei daran, ihre Selbständigkeit aufzugeben. Sie bekundete stets ihre Bereitschaft, mit allen zu reden über die praktische Arbeit. Ebenso klar hielt sie aber an ihrer *grundsätzlichen Haltung* allen wirtschaftlichen, sozialen und weltanschaulichen Fragen gegenüber fest. Das war der Grund, weshalb sie schon im letzten Herbst im Anschluß an das Manifest der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz ein eigenes herausgab, in welchem ihre Stellung zu den kantonalen und eidgenössischen Problemen dargelegt wurde.

Wie die bürgerlichen Parteien es mit der Verständigungsbereitschaft meinten, ist in diesem Wahlkampf deutlich geworden. Die freundliche Haltung der roten Regierung gegenüber, die Bereitwilligkeit zu friedlichen Wahlen waren weniger Rücksicht auf die ernste Lage des Landes, als *bloße Taktik*. Der Bürgerblock dachte gar nicht an einen Verzicht auf das Streben nach der Macht. Da der Angriff auf die Regierungsmehrheit aussichtslos erschien, trachtete man im bürgerlichen Lager nach einer entscheidenden Schwächung der sozialistischen Vertretung im Großen Rat. Am zweckmäßigsten erschien es, einen Großkampf zu vermeiden. Erfahrungsgemäß leiden die Arbeiterparteien am meisten unter schlechter Stimmbe teiligung. Deshalb mußte man versuchen, den Wahlgang möglichst flau zu gestalten. Am Tage nach der Wahl gestand Herr Dr. Edwin Strub in der «Nationalzeitung» ganz offen ein, daß der wahlstrategische Plan der Bürgerlichen so ausgearbeitet war. In der Täubi über das Wahlresultat überschüttete er deshalb die Unabhängigen mit Vorwürfen. Sie seien schuld daran, daß es doch zum Großkampf gekommen sei. Nur dadurch sei es den Sozialisten möglich geworden, neuen Auftrieb zu erhalten. *Weil der Landesring unbedingt die Bekämpfung der Sozialdemokraten forderte, sei der schöne Plan in Dunst aufgegangen.*

Das in der Enttäuschung über den Erfolg unserer Partei gemachte Geständnis muß noch durch zwei Detailbilder ergänzt werden: Einmal erklärten die offiziellen Vertreter des Landesringes unserer Parteileitung in aller Form, daß sie gegen unsere Regierungsvertreter nichts einzuwenden hätten. Die Kandidatur Gfeller sei nur aufgestellt worden, weil sich der Liberale Imhof nicht zum Rücktritt bewegen lasse. Das hat aber die Partei Duttweilers nicht davon abgehalten, den Bürgerlichen — und zwar auch den Liberalen — ein Wahlbündnis gegen die Sozialisten vorzuschlagen. Zum zweiten sei verraten, daß maßgebliche bürgerliche Politiker sich bei uns leidenschaftlich dafür einzusetzen, den Landesring energisch zu bekämpfen. Wir taten das ohnehin — während im Lager der alten bürgerlichen Parteien alles hübsch still blieb. Diese Methoden in der Politik sind alles andere als sauber und ehrlich. Sie beweisen, wie recht unsere Partei beraten war, daß sie keinerlei Mög-

lichkeiten suchte, mit der einen oder andern Gruppe zu einem Bündnis zu gelangen oder wenigstens eine Zeitlang zu manövrieren. Als erste Partei nahmen wir in der ersten Hälfte des Januar zu den Wahlen Stellung und erklärten: wir werden *allein* in den Kampf ziehen!

*

Die *Wahlmethoden Duttweilers in Basel* verdienen es, in den Einzelheiten etwas näher beleuchtet zu werden.

Am 16. Januar sprach er selbst das erste Mal in Basel. — Er erklärte sein Ausscheiden aus dem Parlament. Dabei gab er eine Darstellung, als ob alle andern Parteien — die Sozialdemokraten eingeschlossen — nichts anderes zu tun hätten, als ihn zu bekämpfen und das ungestörte Blühen der Korruption im Bund zu hüten. Politisch und wirtschaftlich habe *er* allein alles versucht, um das Volk vor Teuerung und Not zu retten. Sonst rührte niemand eine Hand oder wagte auch nur, ihn zu unterstützen. Interessant ist, festzuhalten, daß Duttweiler an Orten, wo Gegner anwesend waren, lange nicht so ungeniert aufschnitt. Im Volkshaus stellte er sogar unserer Partei das Zeugnis aus, sie sei immerhin noch die «beste von allen». Er habe auch gar nichts gegen die rote Mehrheit Basels! Dieses sei «glänzend verwaltet».

Politisch außerordentlich wichtig war der Versuch Duttweilers, sich in der erwähnten Kundgebung vom 16. Januar in der Mustermesse als «Sprecher des kleinen Mannes — des Proletariats» vorzustellen, und er nannte sich selbst «Drittlaß-Passagier». Die «kapitalistischen Fesseln der Migros AG» habe er abgeworfen. Sein Geld und seine Kraft wolle er dem Volke schenken im Kampfe gegen die kapitalistischen Trusts und ihre Vertreter in der Politik.

Mit diesen Sprüchen und Mätzchen wollte Duttweiler *in die Reihen der Arbeiterschaft einbrechen*. In Basel schien ihm eine radikale Sprache am zweckmäßigsten, da die Chance bestand, die ehemaligen kommunistischen Wähler von der Sozialdemokratie wegzmanövriren. Durch einen *offenen Brief* leiteten wir sofort die Gegenaktion ein. Wir offerierten dem Landesring eine kontradiktitorische Aussprache im Volkshaus. Sobald Duttweiler sich unsren Rednern gegenüber sah, änderte er die Kampfmethode. Man sei eigentlich nicht weit auseinander. Nach den Wahlen werde man sicher viele Aktionen gemeinschaftlich unternehmen können. In der Vergangenheit sei er oft fast verzweifelt, weil ein Mann wie *er* von unserer Seite her so wenig Unterstützung gefunden habe. Die Sprecher unserer Partei konnten sich darauf beschränken, unsere bisherige Arbeit in Basel knapp darzustellen und unser Programm zu skizzieren, um deutlich zu machen, wie unklar der Chef des Landesringes funktioniert. Der Regierungsratskandidat Gfeller schnitt noch schlechter ab. Ein Programm besitze er keines. An der Regierung wußte er so gut wie nichts auszusetzen. Er konnte auch auf die Vorwürfe nichts antworten, daß die Fraktion der Unabhängigen bisher im Großen Rat überhaupt nichts geleistet habe. Er beklagte sich lediglich über unfairer Behandlung durch die «Arbeiterzeitung»; zum Beispiel darüber, daß seinem Kollegen im Nationalrat, Prof. Muschg, vorgehalten worden sei, daß er beim ersten Bisenhauch aus Basel nach Sigriswil evakuierte.

Gfeller verschwieg aber, daß das die Antwort der «Arbeiterzeitung» war auf die groteske Lorbeerlaubverteilung Duttweilers an seine «Männer der Tat». Dabei war ausgerechnet Muschg als der tapfere «geistige Bannerträger» des Landesringes vorgestellt worden. An dieser außerordentlich stark besuchten Versammlung vom 19. Februar im Volkshaus war deutlich zu spüren, daß es nicht sehr schwer ist, sich mit Duttweiler auseinanderzusetzen, sofern wenigstens eine Versammlung nicht aus lauter fanatisierten Anhängern seiner eigenen Bewegung besteht. Dort muß allerdings jeder andersdenkende Votant riskieren, niedergebrüllt zu werden.

Das erfuhr Genosse F. Schneider, als er an einer Diskussionsversammlung in der Mustermesse sprach, als Duttweiler zur Diskussion über seine *Genossenschafts-Neugründung* eingeladen hatte. Es war immerhin auch dort möglich, sich durchzusetzen und die wilden Schreier — in der Mehrzahl Schreierinnen — zum Schweigen, wenn auch nicht zum Zuhören zu bringen. Diese Kundgebung fand zehn Tage vor der Wahl statt. Duttweiler hatte unterdessen in einigen wenigen Städten — darunter natürlich auch Basel — seine «*Verbilligungsaktion*» gestartet. Durch Preisermäßigung auf gewisse Lebensmittel läßt er den bedürftigen, kinderreichen Familien von vier Köpfen pro Monat eine Vergünstigung zukommen, die rund Fr. 3.50 ausmacht. In Basel kostet das für die Kunden der Migros, welche blaue Karten besitzen, total etwa Fr. 1200.—. Das ist weniger, als was ein gutes Wahlplakat kostet. An dieser Veranstaltung in der Mustermesse hatte Duttweiler Karten vorbereiten lassen für jene, die an dieser ersten Versammlung nicht Platz finden sollten. Von den 2000 Plätzen war kaum ein Viertel besetzt. Duttweiler referierte unglaublich matt und enttäuscht. Schon am Abend vorher war eine seiner politischen Versammlungen nur dünn besetzt. Der Erfolg steigerte sich also durchaus nicht mit der Häufigkeit seiner Besuche in Basel, wo er wenigstens achtmal während des Wahlkampfes referierte.

Sein letztes Auftreten hat eine besondere Vorgeschichte. Anfangs März ließ der Landesring eine Sondernummer der «Tat» verteilen. Darin wurden die im VHTL organisierten Chauffeure als «*verchauft*» beschimpft, weil sie ein Referat des Genossen Robert Grimm entgegengenommen und ihn nicht als Sündenbock für den Benzinmangel gesteinigt hatten. Die Sektion Basel rief sofort eine öffentliche Versammlung ein auf den 7. März und forderte Duttweiler auf, die ungeheuerliche Beleidigung, die Arbeiter seien verkauft worden, zu beweisen. Duttweiler erschien. Eine Begründung wußte er nicht. Es sei nicht so schlimm gemeint gewesen mit dem Wort «*verchauft*»! Seine Anklagen gegen Grimm waren därfzig. Als dieser antwortete, verlor Duttweiler jede Beherrschung. Er reagierte mit persönlichen Anwürfen gegen Grimm, ohne auf dessen Argumente einzugehen. Als dieser ebenfalls zum zweitenmal das Wort bekam, versuchten die Landesringler, ihn niederzubrüllen, und als das mißlang, verließ Duttweiler, gefolgt von etwa hundert Anhängern, den Saal. Damit erreichte die Empörung der gegen 2000 starken Gewerkschafterversammlung ihren Höhepunkt. Die Methode,

Arbeitern schöne Worte zu geben und sie im gleichen Atemzug als «irregeführte Schäfli» und «verkaufte Opfer» zu beschimpfen, hatte sich eindeutig gegen den Demagogen selbst ausgewirkt. Wieder zeigte sich, wie empfindlich der gleiche Herr Duttweiler ist, der ungeniert auf alle andern los hämmert.

Die übrige Propaganda des Landesringes war recht üppig. In Basel wurden drei Plakate angeschlagen, eines in allen Dörfern, wo auch nur ein Basler Soldat vermutet werden konnte. In die Briefkasten wurden Flugschriften auf Kunstdruckpapier gesteckt — wenig Text, lebhafte Illustration. Ebenfalls in alle Haushaltungen wurde die 90 Seiten starke Broschüre «15 Jahre Brückenbau der Migros» mit farbigem Kunstdruckumschlag geliefert. Ein Bändchen, das in seiner graphisch vorzüglichen Aufmachung bei einer Riesenausstellung in einem gut gelegenen Verkaufsladen, wo aus bildlicher Darstellung die «Männer der Tat» hervorragten und das Parlament in schmählicher Verzerrung erschien. Entscheidend war aber der *Versammlungsrummel*, wofür in zahlreichen Inseraten der Basler Presse geworben wurde. Duttweiler hat nicht nur viel Geld eingesetzt — wahrscheinlich mehr als die andern Parteien zusammen — und eine mit wenig Hemmungen belastete Reklamefirma für sich engagiert. Er selbst stieg so oft wie möglich in die Arena. Er hält sich an den Leitspruch anderer moderner politischer Propagandisten: möglichst viel in groß aufgezogenen Kundgebungen zu den Leuten reden und jeden Widerspruch ausschalten — wenn es geht!

Über die *Wirkung dieser Werbemethoden* hat ein parteipolitisch unabhängiger Fachmann Studien angestellt. Er erforscht die öffentliche Meinung nach dem System Gallups. Nach seinen Feststellungen machte Gfeller vor dem ersten Auftreten Duttweilers in Basel an der Kundgebung, welche unsern ersten offenen Brief an den Landesring provozierte, ebenso viele Stimmen wie die sozialdemokratischen Regierungsräte, während die Bürgerlichen unter dem absoluten Mehr blieben. Als Duttweiler in der Mustermesse sprach, ohne daß ein Gegner sich zum Wort meldete, stieg die Stimmenzahl Gfellers, um nach der kontradiktorischen Auseinandersetzung im Volkshaus zu sinken. Katastrophal wirkte für Gfeller die letzte Versammlung im Volkshaus. Das Verhalten Duttweilers und Gfellers, der mit ihm ausziehen wollte, empörte die Leute. Die letzte Befragung am Tag vor der Wahl zeigte, daß Gfeller hinter die bürgerlichen Kandidaten zurückfiel. Wäre es möglich gewesen, diese Situation nach der Gewerkschafterversammlung propagandistisch auszunützen, dann hätte sich das bei den Großratswahlen stärker auswirken müssen.

Diese Darstellung stimmt genau mit den Eindrücken überein, welche wir selbst vom Verlauf des Wahlkampfes hatten. Es erwies sich nicht nur als richtig, sondern *als absolut notwendig*, Duttweiler und seine Anhänger in *Versammlungen zu stellen* und aufzuzeigen, wie wenig durchdacht und schlecht fundiert seine Ideen sind und wie sehr diese Improvisationen neben einem klaren Programm verblassen. Zahlreiche

Briefe politisch nicht gebundener Leute an den erwähnten Fachmann beweisen übrigens, daß unsere Redner jenen des Landesringes weit überlegen sind. Das betrifft sowohl Inhalt wie Form der Referate. Besonders interessant ist die häufige Feststellung, daß im Zusammentreffen Duttweiler–Grimm der letztere glänzend abgeschnitten hat nach dem Zeugnis der unabhängigen Versammlungsteilnehmer.

*

Gezwungenermaßen wurde der Wahlkampf für unsere Partei zu einer intensiven Auseinandersetzung mit Duttweiler — der als einziger von Anfang an den Angriff mehr oder weniger offen führte. Glücklicherweise aber hatten wir rechtzeitig unsere grundsätzliche Haltung in diesem Ausmachen festgelegt. Darin brachten wir zum Ausdruck, daß die soziale Verwaltung des Stadtkantons Basel nicht unser letztes Ziel ist. Wir forderten die Fortsetzung der sozialistischen Aufbauarbeit, damit Basel beispielgebend werde in der Gestaltung einer *neuen, sozialen und demokratischen Eidgenossenschaft*. Anfang Februar verteilte die Partei eine kleine, 32seitige Schrift, eine baslerisch-geschichts-politische Betrachtung unter dem Pseudonym Hieronymus Roggenbach, worin unser Standpunkt außerordentlich geschickt dargestellt wurde. Knapp wird die Entwicklung seit der Trennung beider Basel im Jahre 1833 skizziert und damit ein Überblick aufgezeigt, der es ermöglicht, das heutige Geschehen in großer Linie beurteilen zu können. Diese Schrift wirkte außerordentlich stark und gab unserem Kampf von vornherein Niveau.

Wie richtig besonders unsere Einschätzung der maßgebenden Kräfte im Bürgerblock war, zeigte sich ebenfalls im Verlauf des Kampfes. Die Liberalen, ausgesprochene Vertreter des Großbürgertums, von Finanz und Industrie, rissen im bürgerlichen Lager die Führung an sich. Sie verkündeten ein Programm, das nichts anderes bedeutet als *eine Reaktivierung alter Abbaupläne*. Um den Staat, besser gesagt die großen Steuerzahler, zu entlasten, forderten sie: *Sistierung der kantonalen Alters- und Hinterbliebenenversicherung, Revision der staatlichen Leistungen für die Krankenversicherung, Herabsetzung der Pensionen des Staatspersonals* und als wichtigste «Lösung»: «*Breitere Steuergrundlage* und Änderung des gegenwärtigen Systems der enormen Progression». Man solle die bisher «schonlich behandelten» *niedern Einkommen* zum Zahnen heranziehen. Das heißt, daß man 34 000 Steuerpflichtige, die bisher gänzlich verschont waren, und rund 30 000 mit Einkommen bis Fr. 4000.— belasten möchte. Es ist leicht zu verstehen, daß wir in den Auseinandersetzungen diese Pläne ins grelle Licht rückten und bekämpften. Der Landesring hat sich *nicht* davon distanziert. Gfeller selbst hat die Arbeitsbeschaffungspolitik kritisiert. Darum ist anzunehmen, daß es bei den neuen Mehrheitsverhältnissen im Parlament nicht an Kämpfen zwischen dem sozialistischen Regierungskurs und der Reaktion fehlen wird. Davor braucht uns nicht Angst zu sein. Im Gegenteil! Die Regierungsratswahl hat deutlich genug demonstriert, daß das *Volk* Basels gewillt ist, den sozialen Kurs weiter zu steuern.